

# Spion im Portemonnaie

Überwachung und Destabilisierung des Finanzsystems durch den digitalen Euro.



**E**rst ein paar Augenblicke nach dem ersten Durchlesen wird einem klar, wie giftig die Botschaft ist: «Der vorgesehene Status als gesetzliches Zahlungsmittel für den digitalen Euro würde sicherstellen, dass er als Zahlungsmittel weitgehend akzeptiert wird. Die Regelung, dass die Menschen den digitalen Euro auf Anfrage bei ihrer Bank erhalten können, würde ihn leicht zugänglich machen und sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird.»

Die toxische Formel «... dass niemand zurückgelassen wird» stammt aus einer Mitteilung der EU-Kommission, die kürzlich eine Gesetzesvorlage für den Umgang mit dem digitalen Euro und mit Bargeld vorstellte.

Alle werden also mitgenommen, wenn der digitale Euro kommt, Schlagwort Inklusion. Mit der Digitalwährung nimmt man elektronisch ein Teilchen der Notenbankbilanz ins Portemonnaie beziehungsweise in den Computer. Der Staat begleitet einen, klammert sich fest, markiert die Spur wie ein Spion. Der digitale Euro wird zur monetären Fussfessel.

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die EU legen es anders dar, sie sehen den digitalen Euro als Massnahme zur Stärkung der europäischen Währung gegen fremde Mächte.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde warnt etwa vor der Marktmacht grosser ausländischer Technologiekonzerne im Zahlungsverkehr. Europa drohe von ausländischer Technologie abhängig zu werden, wenn etwa bei Kartenzahlungen über zwei Drittel der Transaktionen von Konzernen mit Sitz ausserhalb der EU bestritten würden. Die EZB will nun im Zahlungsverkehr offensichtlich die digita-

le Gegenoffensive führen. Schon wieder eine neue Aufgabe für die wachsende Bürokratie.

Und sie verspricht auch Verbesserungen bei Betrugsaufdeckung und Prävention, also der Überwachung. Anders gesagt: Während man mit Bargeld anonym umgehen kann, bedeutet das digitale Zentralbankgeld eine Direktverdrahtung der Leute mit der Notenbank.

Im Oktober will der EZB-Rat entscheiden, ob nach nun bald abgeschlossener Evaluationsphase der digitale Euro lanciert werden soll.

Neben der Überwachungswirkung wäre damit aber auch eine Destabilisierung des Finanzsystems zu erwarten. Wie ginge das?

Heute werden Unternehmen und Haushalte neben dem Bargeld indirekt mit Geld der EZB versorgt, und zwar über die Geschäftsbanken. Wenn die EZB nun neu eine Direktbelieferung der Bürger und Firmen einführen will, können diese die Geschäftsbanken umgehen.

Das sieht zunächst sogar nach mehr Sicherheit für Sparer und Investoren aus, weil ihr Geld auf Bankkonten lediglich eine Forderung darstellt, die im Krisenfall mit der Bank untergehen kann. Digitales Zentralbankgeld dagegen ist so sicher wie Bargeld. Das kann Fluchtbewegungen begünstigen.

Nationalbankpräsident Thomas Jordan sagte es 2019 so: «Eine Umschichtung von Bankeinlagen in digitales Zentralbankgeld ist einfacher als in physische Banknoten. Dies könnte im Krisenfall das Risiko eines Bankensturms erhöhen.» Mit dem Verzicht auf digitale Vereinnahmung und Machtausweitung hat die Nationalbank einmal mehr die Chance, einen solideren Weg zu gehen als die EZB.

## Mindestlohn-Bumerang

Im vergangenen Jahr hat die EU eine Mindestlohnrichtlinie verabschiedet, die einen europäischen Rahmen für angemessene Mindestlöhne schaffen soll. In der Schweiz sehen die Linke und die Gewerkschaften dies als Stärkung ihrer Position mit Blick auf die neuen Verhandlungen Schweiz–EU. Die Gewerkschaften fordern niedrigere Hürden für Gesamtarbeitsverträge, mehr und höhere Mindestlöhne und schärfere Kontrollen und Sanktionen gegenüber den Firmen. Im Juni nahmen zudem die Stimmbürger der Städte Zürich und Winterthur lokale Mindestlöhne an, in fünf Kantonen sind regionale Mindestlöhne in Kraft.

Was sind die Folgen? Einfach höhere Löhne, wie es die Gewerkschaft Unia sagt? Conny Wunsch, Ökonomieprofessorin an der Universität Basel, hat kürzlich eine Untersuchung veröffentlicht zur Bilanz im Kanton Basel-Stadt ein halbes Jahr nach Einführung sowie zu den Erfahrungen in anderen Kantonen. Eine anonyme Befragung von 2000 Unternehmen ergab, so Wunsch, ein «überraschend einheitliches Bild»: Als häufigste Anpassungsmassnahmen an einen kantonalen Mindestlohn wurden Preiserhöhungen, weniger Einstellungen und weniger Investitionen genannt.

Durch Preissteigerungen würden höhere Kosten auf die Kundschaft abgewälzt. Zurückhaltung bei Einstellungen mache es für Stellensuchende schwieriger, einen Job zu finden, besonders für jene, die es diesbezüglich schwer hätten. Und gedämpfte Investitionen drückten langfristig auch auf Arbeitsplätze. Kunden und Mitarbeiter zahlen also für Mindestlöhne.